

3.5. Die Türkei unter der Regierung Erdoğan: aus europäischer Sicht ein Modell für den Nahen Osten?

Burak Çopur

Im Jahr 2010 wurde in der internationalen Politik noch die Frage diskutiert, ob sich die Türkei vom Westen abwendet.¹ Heute ist davon keine Rede mehr, denn die Türkei hat seit dem Beginn des Arabischen Frühlings 2011 mit ihrer anfangs sprunghaften und ambivalenten, dann aber pragmatischen Nahostpolitik Partei für die Aufständischen ergriffen. Auch für die USA scheint die Kontroverse über den türkisch-israelischen Konflikt und die Ablehnung der Iran-Sanktionen durch die Türkei im UN-Sicherheitsrat beendet zu sein. US-Präsident Barack Obama zählt Ministerpräsident Erdoğan mittlerweile zu einem der fünf Regierungschefs, mit denen er glaubt, die vertrauensvollste Zusammenarbeit in außenpolitischen Fragen zu haben.² Das *TIME Magazine* ehrte den türkischen Ministerpräsidenten sogar in Großformat auf der Titelseite mit der Schlagzeile *Erdoğan's Way*.³ Dieses Ansehen hängt auch mit den Umbrüchen im Nahen Osten zusammen, die der Türkei eine große Chance eröffnet haben, den arabischen Ländern eine Orientierung in Demokratisierungs- und Modernisierungsprozessen zu bieten. Die Türkei hat jedenfalls auch aus der Sicht arabischer Zivilgesellschaften das Potenzial als Vorbild für ihre Region zu fungieren. Der Beitrag geht der Frage nach, welche vor allem innenpolitischen Voraussetzungen erfüllt sein sollten, um aus europäischer friedens- und demokratiepolitischer Perspektive diese Rolle konstruktiv zu übernehmen.

Der regionalpolitische Aufstieg der Türkei

Wenn es im Nahen Osten so etwas wie Gewinner und Verlierer nach den arabischen Aufständen gibt, dann gehört die Türkei zweifelsohne zu den Gewin-

1 Detaillierte Fragen zur türkischen Außenpolitik behandelte der Autor im Friedensgutachten 2011. Hier steht die Innenpolitik der Türkei im Fokus.

2 Inside Obama's World: The President talks to TIME About the Changing Nature of American Power (an exclusive interview by Fareed Zakaria), in: Time, 19.1.2012, <http://swampland.time.com/2012/01/19/inside-obamas-world-the-president-talks-to-time-about-the-changing-nature-of-american-power/#ixzz1lzGujiOQ>.

3 Erdoğan's Way, in: Time Magazine, 28.11.2011, <http://www.time.com/time/covers/europe/0,16641,20111128,00.html>.

nern.⁴ Im Fall Ägypten und Tunesien empfahl die AKP-Regierung – wenn auch etwas zögerlich – den Diktatoren Mubarak bzw. Ben Ali den Rücktritt und schlug sich dann auf die Seite der Demonstranten. Vom Libyen Gaddafis distanzierte sich die Türkei ebenfalls und übernahm zeitweise eine internationale Vermittlerrolle. Auch von Syrien rückte die Türkei ab; zwar dauerte die Positionierung Ankaras hier deutlich länger, doch gab die Regierung Erdoğan wegen der anhaltenden Gräueltaten des Assad-Regimes ihre syrienfreundliche Politik schließlich auf.⁵ Derzeit stellt die Türkei mit den Flüchtlingslagern an ihrer Grenze zu Syrien wichtige humanitäre Hilfe zur Verfügung. Nach der gescheiterten UN-Resolution zu Syrien durch das Veto Russlands und Chinas erhöhte die UNO im März 2012 mit ihrer Erklärung zur Umsetzung des Annan-Friedensplans weiter den Druck auf Syrien. Sollte in absehbarer Zeit die Herrschaft in Damaskus stürzen, verlöre Iran mit Syrien einen seiner wichtigsten Verbündeten in der Region. Die „Achse des Widerstandes“ gegen den westlich-israelischen Einfluss im Nahen Osten um *Iran-Hisbollah-Hamas* könnte damit vor neuen Herausforderungen stehen. Cook hält fest: „The Turkish star is rising as the Iranian star is fading.“⁶

Auch in der arabischen Bevölkerung hält die Wertschätzung der Türkei an. Nach einer 2012 veröffentlichten repräsentativen Studie in 16 Ländern des Nahen Ostens wurde die Türkei von 78 Prozent der Befragten zum populärsten Land ernannt. Damit genießt sie als Spitzenreiter den besten Ruf in ihrer Nachbarschaft. Weiterhin sehen 61 Prozent die Türkei als ein Modell für die arabischen Staaten an. Zu den meistgenannten Gründen für diese Vorbildfunktion zählen die türkische Demokratie (32 Prozent), die Wirtschaft (25 Prozent) und die muslimische Identität (23 Prozent).⁷

Auch im Westen entwickelt sich eine positivere Wahrnehmung der Türkei, die in Washington ebenso auf realpolitischen Gründen beruht wie die Haltung Ankaras zur Arabischen Revolte. Hier deckte sich erstens die türkische Kritik an den Herrschern Mubarak, Ben Ali und Gaddafi mit der späteren westlichen Distanzierung von diesen Personen. Zweitens dürfte den westlichen Regierungen nicht entgangen sein, dass Ministerpräsident Erdoğan auf seiner Ägypten-

4 In the Arab Spring, Watch Turkey, in: The New York Times, 5.1.2012, <http://www.nytimes.com/2012/01/05/opinion/in-the-arab-spring-watch-turkey.html?pagewanted=all>.

5 André Bank: Die Türkei und die Arabische Revolte: Regionalpolitischer Auf- oder Abstieg?, in: GIGA Focus Nahost (2011): 9.

6 Council on Foreign Relations (Hrsg.): Turkey's Rising Mideast Role, Interview with Steven A. Cook, New York/Washington 2011, <http://www.cfr.org/turkey/turkeys-rising-mideast-role/p26303>.

7 Mensur Akgün/Sabiha Senyücel Gündoğar: The Perception of Turkey in the Middle East 2011, Istanbul 2012 (TESEV), <http://www.tesev.org.tr/en/publication/the-perception-of-turkey-in-the-middle-east-2011>.

Reise im September 2011 den säkularen Staat als Modell für die Länder des Aufbruchs pries. Drittens genehmigte die AKP-Regierung die Stationierung eines Frühwarnradars im Rahmen des NATO-Abwehrraketenschildes auf türkischem Territorium. Damit verstummte nicht nur die negative internationale Berichterstattung über die sich vom Westen abwendende Türkei, vielmehr drehte sie sich langsam ins Positive. Von nun an wurde verstärkt über die Beispielhaftigkeit der Türkei für die Region gesprochen.

The never-ending story: die Türkei als Modell für ihre Region

Die Diskussion darüber, ob und wie die Türkei als ein Modell für ihre Nachbarschaft taugt, ist nicht neu. Sie wurde in regelmäßigen Abständen in der außenpolitisch interessierten Öffentlichkeit geführt; im Kontext des Arabischen Frühlings läuft die Debatte nun bereits zum dritten Mal.

Unmittelbar nach der Auflösung der Sowjetunion wurde das NATO-Mitglied Türkei im geopolitischen Machtkampf des *New Great Game* um den eurasischen Raum als Orientierungsmaßstab für die kaukasischen und zentralasiatischen Länder gesehen.⁸ Doch keiner der postkommunistischen Staaten zeigte ein nachhaltiges Interesse an einem neuen – diesmal türkischen – „Großen Bruder“. Gut zehn Jahre später, mit dem Terrorangriff am 11. September 2001, kam der Diskurs über den Modellcharakter der Türkei zum zweiten Mal auf. Das Land am Bosphorus wurde jetzt als eine Brücke zwischen Orient und Okzident betrachtet, das durch die Verbindung von Islam und Demokratie einen *clash of civilizations* faktisch widerlegen könnte.⁹ Doch mit der türkischen Ablehnung des Irak-Krieges 2003 ging dann die US-Regierung unter George W. Bush auf Abstand zur Türkei. Ein Jahrzehnt nach 9/11 tritt nun mit den Umbrüchen im Nahen Osten die Debatte um die Vorbildfunktion der Türkei aufs Neue in den Vordergrund. Die Argumente ähneln denen im Kontext des 11. September, doch heute stehen der säkulare Charakter des Landes und sein dynamisches Wirtschaftswachstum im Vordergrund.

Dieses Mal wäre es gut möglich, dass dieser „dritten Debatte“ hinsichtlich der enormen Herausforderungen im Nahen Osten sowie der politisch-historischen Beziehungen der Türkei zu den arabischen Ländern eine längere Überlebensdauer in der internationalen Politik zuteil wird. Denn die Chancen, als Vorbild fungieren zu können, scheinen diesmal besser.

8 Zbigniew Brzezinski: Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Frankfurt/M. 2004.

9 Joschka Fischer: Die Rückkehr der Geschichte. Die Welt nach dem 11. September und die Erneuerung des Westens, Köln 2006.

Eine sachliche Bestandsaufnahme der innenpolitischen Entwicklungen der Türkei kann dazu beitragen, das Vorbildpotenzial auf seine Validität bzw. vorhandene Defizite hin zu prüfen. Inwieweit sind nach europäischem Demokratie- und Werteverständnis die Grundlagen und Erfordernisse für ein türkisches *role model* bereits gegeben? Das europäisch-demokratische Leitbild wird hier in erster Linie aus den konstitutiven Elementen des Primär- und Sekundärrechts der EU abgeleitet, insbesondere aus denen des Vertrages von Lissabon (Art. 2, 3, 6) und aus denen der Charta der Grundrechte der EU.

Alarmierende Demokratie- und Menschenrechtslage in der Türkei

Wenn die Türkei als ein Modell für die Transformationsländer im Nahen Osten gelten soll, das weiterhin Unterstützung von protürkisch orientierten EU-Mitgliedsländern (u. a. Großbritannien, Italien, Spanien, Schweden, Finnland) erfährt, so ist hierzu aus europäischer Perspektive die Fortentwicklung hin zu einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat eine zentrale Voraussetzung. Ein Land, das international als Vorbild für die nahöstliche Region herausgestellt wird, bedarf einer funktionierenden Demokratie, die die Menschenrechte achtet und Bürgerrechtsverletzungen ahndet. Doch die dortigen Entwicklungen gehen aktuell in eine beunruhigende Richtung.

Nicht ohne Grund lesen sich die EU-Fortschrittsberichte zur Türkei mittlerweile eher als Rückschrittsberichte für die AKP-Regierung. In ihrem jüngsten Report 2011 kritisiert die EU-Kommission insbesondere Defizite bei den Bürgerrechten, besonders was die Meinungs- und Pressefreiheit angeht. Ebenfalls wenig Bewegung ist bei der Prävention von Gewalt gegen Frauen bzw. in Gleichstellungsfragen zu beobachten. Mit insgesamt 174 Urteilen war die Türkei 2011 der Spitzenreiter bei den vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte erteilten Rügen, gefolgt von Russland mit 133 und der Ukraine mit 105 Verstößen gegen die Europäische Menschenrechtskonvention. Der Menschenrechtskommissar des Europarates, Thomas Hammarberg, beanstandet zudem in seinem Türkei-Bericht 2011 die lange Verfahrensdauer und Untersuchungshaft sowie den exzessiven Missbrauch des Antiterrorismugesetzes durch die Justiz. 57 inhaftierte türkische Journalisten dokumentiert die OSZE-Vertreterin für Medienfreiheit, Dunja Mijatović, in einer Studie. Damit steht das Land auch hier an der Spitze.

Die Nichtregierungsorganisationen schlagen gleichermaßen Alarm. Das *Freedom House* ordnet in seinem jährlichen Bericht die Türkei weiter in der

Kategorie *partly-free* ein, die für Staaten mit beschränkten Freiheitsrechten gilt. In der Pressefreiheit fiel die Türkei nach der „Rangliste zur Pressefreiheit 2011“ der *Reporter Ohne Grenzen* von Platz 138 (2010) auf Platz 148 (2011) zurück. *Human Rights Watch* stellt im Jahresbericht 2012 der Türkei ebenfalls ein miserables Zeugnis in Menschenrechtsfragen aus. Und auch die friedenspolitisch orientierte australische Organisation *Vision of Humanity* stuft mit ihrem innovativen Instrument *Global Peace Index* (GPI) die Türkei von 153 Ländern auf den 127. Platz ein und zählt das Land zu den 20 Prozent der Staaten mit der höchsten Gewaltstatistik.

Rolle rückwärts in der Kurdenfrage

Will die Türkei ein Muster für die Region sein, so ist aus europäischer Sicht die friedliche Beilegung des Kurdenkonfliktes eine zweite zentrale Bedingung – eine Art *conditio sine qua non* für die Etablierung einer liberalen Demokratie. Zudem ist die Lösung der Kurdenfrage mit seiner regionalen Dimension (u.a. in den Nachbarstaaten Syrien und Irak) eine Voraussetzung für die Ausübung von *soft power* (nach dem EU-Modell) im Nahen Osten: Innenpolitische Stabilität und nachhaltige regionale Ausstrahlung der Türkei sind an dieser Thematik paradigmatisch verbunden. Gegenwärtig spitzt sich das Kurdenproblem jedoch dramatisch zu.

Nachdem die Türkei in 30 Jahren die PKK militärisch nicht besiegen konnte, entschied sich die AKP-Regierung 2009 mit ihrer mutigen Initiative der „demokratischen Öffnung“, die Kurdenfrage auf politischem Wege zu lösen (vgl. Friedensgutachten 2010, Beitrag 2.6.). Darunter fallen auch mithilfe des türkischen Nachrichtendienstes (MIT) geführte Geheimverhandlungen mit der PKK-Führung, die diese bewegen sollten, die Waffen niederzulegen. Diese von der Regierung heute offengelegten Friedensgespräche zur Beilegung des Konfliktes (Oslo-Gespräche 2008-2011) gerieten ins Stocken, weil in beiden Lagern kein wirkliches Vertrauen aufgebaut werden konnte. Hinzu kam, dass Ministerpräsident Erdoğan im Parlamentswahlkampf 2011 die nationalistische Stimmung mit seinen verbalen Angriffen gegen den PKK-Führer Abdullah Öcalan anheizte. Am Ende verließen Regierung und PKK den Verhandlungstisch und warfen sich gegenseitig vor, die Gespräche zu sabotieren. Folglich kehrte die Gewalt zurück. Die türkische Regierung reagierte aufs Neue mit ihren schon seit drei Jahrzehnten angewandten, aber bisher erfolglosen militärisch-polizeilichen Konzepten.

Dazu gehören die Massenverhaftungen von rund 1.000 Politikern, Bürgermeistern, Journalisten, Rechtsanwälten und Intellektuellen, die seit 2009

im Rahmen der „KCK-Operationen“ festgenommen wurden. Der KCK (*Koma Civakên Kurdistan*, Union der Gemeinschaften Kurdistans), eine von der PKK gegründete städtische Untergrundorganisation und der zivile Arm der Rebellen, unterstellt Ankara, sie wolle einen eigenen Kurdenstaat aufbauen. Die meisten der Verhafteten sind jedoch Mitglieder der im Parlament vertretenen linken Kurdenpartei BDP (*Bariş ve Demokrasi Partisi*, Partei des Friedens und der Demokratie), die der AKP-Regierung vorwirft, sie wolle in Abstimmung mit der Justiz und Polizei die BDP beseitigen. Unstrittig ist, dass es Querverbindungen der legalen BDP zur illegalen PKK gibt. Gleichwohl gibt es stichhaltige Indizien dafür, dass die KCK auch als Auffangbecken für den Übergang vom bewaffneten Kampf in den Bergen hin zur gewaltfreien politischen Tätigkeit in den Städten eingerichtet wurde. Zudem ist es problematisch, dass die Behörden unter dem Deckmantel der „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ auch friedfertige Bürger ins Visier nehmen. Prominente Personen sind z. B. der Verleger Ragıp Zarakoğlu, ein kritischer Intellektueller, der nie im Verdacht stand, ein „Terrorist“ zu sein, sowie die bekannte Professorin für Internationale Beziehungen, Büşra Ersanlı.

Das *Rollback* der AKP in der Kurdenpolitik ist höchst bedenklich, weil die Kriminalisierung der Kurdenbewegung noch vorhandene Gesprächskanäle zu Akteuren, die für einen friedlichen Dialog eintreten, abbricht. Eine dialogfähige junge Generation wächst auf beiden Seiten kaum heran, sodass dem Staat bald die Ansprechpartner für eine friedliche Lösung des Kurdenkonfliktes abhandenkommen könnten.

Zudem treibt die AKP-Regierung die emotionale Entfremdung eines Großteils der Kurden von den Türken systematisch voran, indem sie vor allem militärische Mittel einsetzt. So haben Kampfflugzeuge mit einem Bombardement versehentlich 34 Zivilisten im südöstlichen Uludere getötet, weil Militärs diese für PKK-Kämpfer hielten. Zu diesem militärischen Desaster gesellte sich der politische Skandal, dass die Regierung keinerlei Konsequenzen zog, d.h. es gab weder einen Rücktritt des Verteidigungsministers noch eine Entlassung der verantwortlichen Militärs. Stattdessen stellte sich Erdoğan ostentativ vor seinen Generalstabschef Necdet Özel und bedankte sich bei ihm öffentlich dafür, dass er ankündigte, den Vorfall aufarbeiten zu wollen. Eine staatliche Entschädigungszahlung an die Familien der Opfer machte den Umstand nicht wett, dass dieses menschliche Drama ohne Aufklärung und Folgen blieb. Mit ihrer Entscheidung, zur Beendigung des Kurdenkonfliktes vor allem auf militärische Mittel zu setzen, beschleunigt die Regierung den Prozess der Entfremdung zwischen Türken und Kurden.

Wohin steuert die AKP?

Nachdem die Regierung Erdoğan in einem langen Machtkampf die Hegemonie des laizistisch-kemalistischen Staates (Militär/Bürokratie) mithilfe der sich in staatlichen Schlüsselfunktionen (Polizei/Justiz) befindenden Anhängern der *Fethullah Gülen*-Bewegung gebrochen hatte, war ein Machtvakuum im Staat entstanden.¹⁰ Diese Lücke hat die AKP aufgefüllt und damit zunächst die Kontrolle über den Staatsapparat erlangt.¹¹ Hat die AKP in der Vergangenheit die Doppelfunktion einer Opposition zum kemalistischen Staat und zugleich einer Regierungspartei übernommen, so ist sie inzwischen von einer ursprünglichen Reformpartei der Peripherie endgültig zu einer staatstragenden Partei im Machtzentrum von Ankara avanciert.

Auch die Entscheidungs- und Machtstrukturen haben sich in der Regierungspartei gewandelt. In den ersten beiden Legislaturperioden (von 2002 bis 2007 und von 2007 bis 2011) wurde die AKP noch von einer breiten Koalition der Gesellschaft getragen, die von liberalen Intellektuellen bis hin zu ehemaligen Islamisten reichte. Von dieser Heterogenität in der AKP ist seit den Parlamentswahlen 2011 nicht viel übrig geblieben. Vielmehr achtete Parteichef Erdoğan bei der letzten Listenaufstellung der Abgeordneten darauf, diese sorgfältig auszuwählen. Dabei spielte die Nähe zum Ministerpräsidenten die entscheidende Rolle. Es ist nicht übertrieben, die AKP heute als eine Ein-Mann-Partei zu charakterisieren, die unreflektiert und bedingungslos ihrem Vorsitzenden folgt und seinen autoritären Führungsstil als türkische Normalität akzeptiert. Diese Machtkonzentration auf eine Person hat u.a. dazu geführt, dass die AKP – ausgestattet mit einem hohen Selbstbewusstsein wegen dreier in Folge gewonnener Parlamentswahlen – mit denselben autoritär-repressiven Reflexen reagiert wie das ehemalige kemalistische System: wenig Verhandlungs- und Kompromissbereitschaft gepaart mit mangelnder Kritikfähigkeit.

Durch ihre unangefochtene Position im Staat besteht derzeit für die AKP keine Notwendigkeit, demokratische Reformen fortzusetzen. Dazu treibt sie weder ein internationaler Akteur an, noch machen eine kräftige Opposition oder die AKP-Anhängerschaft Druck. Zudem hat sie ihre eigenen Grenzen der Demokratisierung weitestgehend erreicht; jeder weitere Schritt in Richtung einer liberalen Demokratie würde das konservativ-religiöse Weltbild der Regierungspartei enorm herausfordern. Deshalb steuert die AKP den aus ihrer Sicht

¹⁰ Die unheimliche Macht des Imam, in: Spiegel Online, 5.4.2011, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,754909,00.html>.

¹¹ Erdogan at bay, in: The Economist, 25.2.2012, <http://www.economist.com/node/21548261>.

konfliktäreren Kurs einer Koexistenz mit den verbliebenen kemalistischen Akteuren im militärisch-bürokratischen Komplex an.

Die AKP profitiert machtpolitisch von den autoritären Institutionen und gesetzlichen Säulen des alten kemalistischen Regimes (z.B. Hochschulrat/YÖK, Oberster Rundfunk- und Fernsehrat/RTÜK, Präsidium für Religionsangelegenheiten/Diyanet, Antiterrorgesetz, Parteien- und Wahlgesetz). Die türkische Regierung sieht daher keinen Anlass, diese – zum großen Teil aus der Putschverfassung vom 12. September 1982 stammenden Relikte – zu reformieren, vielmehr trägt sie zu ihrer Konsolidierung bei. Und ob die AKP, die sich im Dauerstreit mit der Opposition befindet, gemeinsam mit ihr eine neue Verfassung verabschieden kann, ist höchst zweifelhaft. Außerdem verhärtet der aufgeheizte Kurdenkonflikt die politischen Fronten und schafft nicht das notwendige politische Klima für einen gesellschaftlichen Konsens zur rechtlichen Lösung von Minderheitenfragen. Dabei wäre gerade die Erarbeitung einer modernen Verfassung eine große Chance, um zu demonstrieren, dass Regierung und Opposition zur Etablierung einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung parteiübergreifend zusammenarbeiten können.

Das Militär hält sich zwar gegenwärtig mit politischen Statements zur Beeinflussung der Öffentlichkeit zurück, doch nach wie vor existiert seine weitgehende rechtliche Unabhängigkeit durch die janusköpfige Gerichtsbarkeit zwischen Zivil- und Militärgerichten. Zudem ist eine staatliche Finanzkontrolle über die sich im Besitz des Militärs befindende Holding OYAK (*Ordu Yardımlaşma Kurumu*) eingeschränkt.

Eine wichtige europapolitische Lehre aus dem Fallbeispiel Türkei wäre, dass eine Zurückdrängung von innenpolitischen Veto-Spielern, beispielsweise des Militärs, nicht automatisch zu einer Demokratisierung führt. Was in der Türkei somit weiterhin fehlt, ist der systematische Aufbau einer liberalen Demokratie mitsamt ihrer dem Parlament Rechenschaft ablegenden Institutionen.

Stattdessen treten die ideologischen Merkmale des autoritären Handelns der AKP immer stärker hervor. Dieser Autoritarismus hat die Konturen einer Transformation des laizistischen Kemalismus hin zu einem neuen *islamischen Kemalismus* unter neoliberalen Vorzeichen. Auf den ersten Blick mutet dieser Begriff eines islamischen Kemalismus paradox an. Die Türkei bleibt zwar weiterhin ein laizistischer Staat, sie wird jedoch durch neoliberale Wirtschaftskonzepte angetrieben und akzentuiert gleichzeitig islamisch-konservative Gesellschaftswerte – beispielsweise staatliche Sanktionen für die Freizügigkeit im türkischen Fernsehen, Alkoholverbot für junge Erwachsene in öffentlichen Veranstaltungen durch Heraufsetzung des Alters auf 24 Jahre.¹² Das verbind-

12 Später wurde dieses Alkoholverbot durch eine Gerichtsentscheidung wieder aufgehoben.

dende Element der neo-islamischen Version des Kemalismus mit dessen traditioneller Gestalt ist ihr autoritär-jakobinischer Geist und der türkische Nationalismus mit seiner Einheit von Staat und Nation.

Wie tief die kemalistische Ideologie bei der AKP ihre Spuren hinterlassen hat, führt Ministerpräsident Erdoğan mit der Aussage vor Augen, seine Regierung wolle eine „religiöse Jugend heranziehen“, was viele Atheisten und Andersgläubige mit Sorgen für ein friedliches Zusammenleben erfüllt.¹³ Dieses *social engineering* ist die religiöse Variante des gescheiterten kemalistischen Programms zur Heranziehung einer Atatürk-treuen Jugend. Dass sich die Protagonisten der AKP von der kemalistischen Doktrin einer homogenen Nation kaum emanzipieren konnten, macht auch die rhetorische Frage des stellvertretenden Ministerpräsidenten Bülent Arınç zu seiner Ablehnung des Kurdischen als Unterrichtssprache deutlich: „Ist Kurdisch die Sprache einer Zivilisation?“¹⁴ Das ist symptomatisch für die autoritär-nationalistischen Denkmuster der AKP, auch wenn sie im Gewand eines islamisch inspirierten Neo-Kemalismus daherkommen.

Die Türkei auf dem besten Weg zu einem autoritären System?

„Ein Jahrhundert des Autoritarismus ist keineswegs die unwahrscheinlichste Prognose für das 21. Jahrhundert“, schrieb Ralf Dahrendorf 1997 in einem Zeit-Essay.¹⁵ Ein wesentliches Charakteristikum dieser Systeme ist, dass viele zwar demokratische Elemente enthalten, aber wenig öffentliche Kritik und Protest dulden, sodass sie nicht als liberale Demokratien definiert werden können. Mit dieser neuen hybriden Regierungsform beschäftigt sich die Politikwissenschaft unter verschiedenen Bezeichnungen wie „competitive authoritarianism“ (Levitsky/Way), „autoritarismes démocratiques“ (Dabène/Geisser/Massardier), „plebiszitärer Autoritarismus“ (Mommsen).¹⁶

13 Turkey PM Recep Tayyip: Erdogan sparks furor by saying he wants to ‚raise a religious youth‘, in: National Post, 9.2.2012, <http://news.nationalpost.com/2012/02/09/turkey-pm-recep-tayyip-erdogan-sparks-furor-by-saying-he-wants-to-raise-a-religious-youth>.

14 Is Kurdish the language of a civilization?, in: Today’s Zaman, 8.2.2012, <http://www.todayszaman.com/news-270838-is-kurdish-the--language-of-a-civilization.html>.

15 Ralf Dahrendorf: An der Schwelle zum autoritären Jahrhundert. Die Globalisierung und ihre sozialen Folgen werden zur nächsten Herausforderung einer Politik der Freiheit, in: Die Zeit, 14.11.1997, <http://www.zeit.de/1997/47/thema.txt.19971114.xml/seite-7>.

16 Steven Levitsky/Lucan A. Way: Competitive Authoritarianism. Hybrid Regimes After the Cold War, New York 2010; Olivier Dabène/Vincent Geisser/Gilles Massardier: Autoritarismes démocratiques et démocraties autoritaires au XXIème siècle, Paris 2008; Margareta Mommsen: Plebiszitärer Autoritarismus in Russland: Der Wandel seit 2000, in: Jerzy Maćków (Hrsg.): Autoritarismus in Mittel-und Osteuropa, Wiesbaden 2009, S. 241-261.

Das politische System der Türkei weist ebenfalls eine Hybridität zwischen Demokratie und Autoritarismus auf; es hat zwar Bestandteile einer parlamentarischen Demokratie, gleichzeitig enthält es jedoch Züge autoritärer Regime. Das folgende aktuelle Beispiel macht dies deutlich: Die AKP-Regierung hat in der Vergangenheit gezeigt, dass sie demokratische Volksabstimmungen in schwierigen Situationen befürwortet und sich vor den Entscheidungen des Souveräns nicht scheut. Bisher hat sie auch erfolgreich alle selbst initiierten Verfassungsreferenden (2007 und 2010) überstanden, was die AKP machtpolitisch stärkte. Ein dritter Volksentscheid könnte in absehbarer Zeit anstehen. Ministerpräsident Erdoğan hat mehrmals in der Öffentlichkeit seine Präferenz für ein Präsidialsystem nach US-amerikanischem Modell betont, das mittels eines Plebiszites eingeführt werden könne. Erdoğan verschweigt aber, dass für ein solches Präsidialsystem föderale Strukturen – im Sinne von *checks and balances* – notwendig wären. Es bedarf keiner politikwissenschaftlichen Prognose um festzustellen, dass ein erneuter Erfolg einer Volksabstimmung – diesmal über ein Präsidialsystem ohne föderale Elemente – autoritäre Tendenzen beschleunigen würde. Es ist in der Türkei ein offenes Geheimnis, dass Erdoğan eine Kandidatur zur nächsten Staatspräsidentenwahl 2014 keinesfalls ablehnt, weshalb Kommentatoren öffentlich über einen Amtswechsel zwischen Regierungschef Erdoğan und Staatspräsident Gül im Jahr 2014 spekulieren. Dieser Vorgang würde dann an das russische Modell Putin-Medwedew erinnern.¹⁷ Ob dieser demokratische Autoritarismus in der Türkei nur eine temporäre Situationsbeschreibung ist oder längerfristig Bestand haben wird, hängt nicht nur davon ab, ob eine auf freiheitlich-demokratischen Werten basierende türkische Opposition bzw. Zivilgesellschaft an Einfluss gewinnt, sondern auch von der Politik der Europäischen Union.

Strategiewandel in der europäischen Türkeipolitik einleiten

Angesichts der immensen Herausforderungen im Mittleren und Nahen Osten ist die EU auf eine Vorbildrolle einer freiheitlich-demokratischen Türkei stärker angewiesen als je zuvor. Denn welche Richtung die arabischen Länder einschlagen, in denen die Aufstände Erfolg hatten, ist noch ungewiss.

In Syrien, dem südöstlichen Nachbarn der Türkei, bleibt die Situation weiterhin extrem angespannt. Der an die Türkei angrenzende Irak ist keineswegs

17 Putin-Medvedev modeli Erdoğan-Gül'e uyar mı? (Passt das Putin-Medwedew Modell auf Erdoğan-Gül?), in: Radikal, 6.12.2011, <http://www.radikal.com.tr/Radikal.aspx?aType=RadikalYazar&ArticleID=1071645&Yazar=MURAT%20YETK%DDN&Date=06.12.2011&CategoryID=98>.

vor einem Zerfall in schiitische, sunnitische und kurdische Regionen gefeit. Und Iran, ein weiterer Anrainer der Türkei, versucht mit dem Aufbau eines Atomprogramms (vgl. Beitrag 3.6.) und der Stärkung der Achse Teheran-Islamabad-Kabul auf seine Weise seinen Einfluss in der Region auszubauen.

Größer denn je sollte das Interesse der EU deshalb an einer rechtsstaatlich verfassten Türkei sein, die mit *soft power* ihr Potenzial entfalten und gerade den Transformationsländern im Mittleren und Nahen Osten eine Orientierung bieten kann. Die Verwirklichung des „türkischen Experiments“, Islam und Demokratie zu vereinbaren, fängt beispielsweise mit der Erarbeitung und Verabschiedung einer modernen zivilen Verfassung an. Ein wichtiger Schlüssel für das Gelingen von Reformen in der Türkei liegt (noch!) in europäischer Hand. In diesem Kontext kam einmal Deutschland als Türöffner eine besonders wichtige Stellung zu.¹⁸ So könnte Berlin seine guten politischen und zivilgesellschaftlichen Beziehungen in die Türkei dazu nutzen, um dort wichtige politische Vorhaben wie die Etablierung einer neuen Verfassung zu unterstützen. Aber selbst wenn Brüssel Ankara die europäische Tür unverzüglich öffnen würde, bleibt ungewiss, ob die Regierung Erdoğan eintreten würde. Zwei Faktoren sprechen für die These, dass die AKP nicht so leicht wieder auf den Europäisierungspfad zu bringen ist: ihr überhöhtes Selbstbewusstsein angesichts ihrer innenpolitischen Stärke und ihre außenpolitisch hegemonialen Ambitionen. Brüssel sollte zwar seine Katalysatorfunktion in Sachen Demokratie für die Türkei aufnehmen und seinen Einfluss auf die Beitrittsverhandlungen dazu nutzen, um ein weiteres Abdriften des Landes in den Autoritarismus zu verhindern. Doch die Konzentration auf die AKP-Regierung wird für Reformen nicht ausreichen. Die EU muss gleichzeitig ihre Prioritäten verändern und versuchen, die türkische Opposition und Zivilgesellschaft zu stärken.

Deshalb bedarf es eines Strategiewandels in der europäischen Türkeipolitik. Die EU sollte z.B. die CHP (Republikanische Volkspartei) dabei unterstützen, dass sie sich unter ihrem Vorsitzenden Kemal Kılıçdaroğlu von einer ehemaligen Staatspartei zu einer sozialdemokratischen Partei transformiert. Genauso benötigt die Kurdenpartei BDP mehr europäische Akzeptanz und Unterstützung. Und die Förderung der Zivilgesellschaft ist zwar seit langem Bestandteil der Verhandlungen der EU mit der Türkei, sollte aber mit größerem Nachdruck versehen werden.

Die Frage, worin im Einzelnen die Vorbildrolle der Türkei in den kommenden Auseinandersetzungen im Nahen und Mittleren Osten bestehen kann,

¹⁸ Vgl. dazu ausführlich Burak Çopur: Neue deutsche Türkeipolitik der Regierung Schröder/Fischer (1998-2005). Von einer Partnerschafts- zur EU-Mitgliedschaftspolitik mit der Türkei, Hamburg 2012.

ist komplex. Sie lässt sich mit dem Hinweis auf eine auch im europäischen Kontext nicht idealtypisch vorhandene freiheitlich-demokratische Rechtsordnung nicht allein beantworten. Die in Transformation befindlichen arabischen Staaten und Gesellschaften werden die Ausstrahlung des türkischen Modells – besonders was demokratische Verfasstheit und das Verhältnis von Staat und Religion angeht – je nach Interessenlage unterschiedlich beurteilen und möglicherweise aufgreifen. Gerade in den Ambivalenzen und Widersprüchlichkeiten der Politik Erdoğan's mag für einige arabische Länder die Anziehungskraft bestehen.

Aus europäischer friedenspolitischer Sicht sollten die hier diskutierten zentralen Themen gegenüber der Türkei verstärkt werden, damit sie als überzeugendes Vorbild für die nahöstliche Region fungieren kann: Erstens eine Intensivierung der Arbeit an verfasster Rechtsstaatlichkeit und zweitens die friedliche Lösung der Kurdenfrage. Beides sind Prämissen für eine liberale Demokratie und Grundlage zur Ausübung von konfliktsensitiver *soft power*. Auch mit Hilfestellung der EU müsste beides gefördert werden – sonst bleibt der Wunsch nach einer modellhaften Türkei für den Nahen Osten wieder eine weitere Episode einer *never-ending story*.